



Zum Werkstattverfahren Blankenburger Süden

Nach Abschluss des Werkstattverfahrens zum Projekt „Stadt behutsam weiterbauen im Blankenburger Süden“ haben wir uns als Bürgerverein mit folgendem Schreiben an den Senat gewandt.

Bürgerverein Stadtentwicklung Berlin-Blankenburg e.V.
Gernroder Straße 12 · 13129 Berlin

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung und Wohnen

in Vertretung
Frau Regine Günther /
StS Herr Sebastian Scheel

Württembergische Straße 6
10707 Berlin

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin

Senatskanzlei

Herrn Michael Müller

Jüdenstraße 1
10178 Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller,

zu der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen kürzlich eingeleiteten
"Beteiligung zum Abschluss des Werkstattverfahrens" zum Blankenburger Süden nehmen wir
wie folgt Stellung und fordern:

1. Verzicht auf die Vorgabe der Erreichung von 6000 neu zu errichtenden Wohneinheiten und ergebnisoffene Ermittlung einer ortsüblichen und verträglichen Bebauungsvariante.
2. Entwicklung eines Projektkonzepts, das belastbare Aussagen enthält, wie die vorhandene verkehrliche Infrastruktur ertüchtigt und mit der Gesamtstadt verknüpft werden kann. Nur eine nachhaltige Verkehrsentwicklungsplanung kann Voraussetzung für die Ermittlung von Wohnbaupotentialen sein.
3. Moratorium für aktuell laufende Planungen, bis die Wachstumsprognose 2018 - 2030 (61.000 neu zu errichtende Wohneinheiten in Pankow, 140.000 neu zu errichtende Wohneinheiten in Berlin) überprüft und dem nachgewiesenen Bedarf angepasst worden ist.

Unsere Forderungen fußen auf einer Vielzahl von Gründen.

So endet gerade das Werkstattverfahren zum Projekt „Stadt behutsam weiterbauen im Blankenburger Süden“ in einer Farce. Mit dieser Art der „Beteiligung“ schaffen Sie weder eine Akzeptanz des Vorhabens, noch ermöglichen Sie überhaupt eine ernstgenommene Beteiligung.

Stattdessen schaffen Sie durch die Auswahlmöglichkeit zwischen vier fehlgegangenen Planungsalternativen allein Ablehnung und Frontalopposition.

Das Werkstattverfahren sollte zukunftsweisende Lösungen für die Stadt des 21. Jahrhunderts erarbeiten. Es unterlag langwierig diskutierten, am Ende ergebnisorientiert abgeschliffenen Leitzielen. Nach einem - von mit der Materie Vertrauten als fragwürdig bezeichneten - Vergabeverfahren sollten vier ausgewählte Planerteams für das Entwurfsgebiet eine städtebauliche Rahmenplanung erarbeiten. Die Planer sollten dabei auch die notwendigen Verflechtungen in die weitere Umgebung der Ortskerne Blankenburg und Heinersdorf berücksichtigen und sich mit den erforderlichen Übergängen zur angrenzenden Nachbarschaft auseinandersetzen. Dies unter Berücksichtigung der von den bisher Beteiligten entwickelten Leitziele und unter steter Prüfung der Verträglichkeit der entwickelten Vorschläge mit der bereits bestehenden Umgebung.

In der Ausschreibung für die Planerteams hieß es, dass die erhebliche Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur zur bedarfsgerechten Verknüpfung neuer Wohn- und Gewerbestandorte mit der Gesamtstadt wesentliche Voraussetzung für die Errichtung eines neuen Stadtquartiers zwischen Blankenburg und Heinersdorf sei.

Nun steht fest, dass nichts von alledem geschehen ist!

Vielmehr sind diejenigen, die sich bislang in das Projekt einbrachten und sich beteiligten, zum wiederholten Mal getäuscht worden. Dabei hat insbesondere die scheidende Senatorin Lompscher die Teilnehmer am bisherigen Prozess und die sich in ihrer Freizeit mit der Weiterentwicklung dieser, unserer Stadt Engagierenden an der Nase herumgeführt und hinteres Licht geführt.

Nun stellt sich nämlich deutlich heraus, dass alle vier Planungsteams einzig mit der Aufgabe befasst waren, Planungsentwürfe abzuliefern, die die vorgegebenen knapp 6000 Wohneinheiten und 40 ha Gewerbefläche und eine zuvor reißbrettartig geplante Tramlinie anordnen. Die einen Planer machen dies unter Verwendung anmutig bezeichneter Phantasieländer, die anderen legen Wert auf geometrische Formen, die dritten vertreten einen äußerst nachhaltigen Ansatz und die vierten bleiben komplett theoretisch. Alle Entwürfe eint, dass sie an der tatsächlichen Aufgabenstellung vorbeigehen und allein Insellösungen vorsehen!

Alle Entwürfe vernachlässigen die wesentlichen Leitziele. Alle Entwürfe verfehlen - und zwar vollständig - die Aufgabestellung der funktionalen und räumlichen Verknüpfung, der Prüfung auf

Verträglichkeit, der Schaffung von Mehrwert für die mit ihren Familien um das geplante "Raumschiff Blankenburger Süden" herum lebenden, ansässigen Bürger. Dass dabei - quasi der guten Ordnung halber - eine von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter erheblichem Zeitdruck feigenblattartig gestellte TVN-Variante als Verkehrserschließung Blankenburg Aufnahme findet, ist erkennbar bloßes Stück- und unausgegorenes Blendwerk.

Alle vier Planungsvarianten verfehlen die Vorgabe der Entwicklung einer behutsamen Bebauung.

Wahrlich herausstechend sind Planungsansätze, die teilweise sogar über zehn Geschosse hinausgehende Wohntürme vorschlagen. Das ist der Versuch, ein "Märkisches Viertel II" zu schaffen. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass eine solche Bewohnerdichte nichts damit zu tun hat, ein neues Stadtquartiers "behutsam" zum „Blankenburger Süden“ zu entwickeln. Solche Vorstellungen sind absurd. Und dies nicht nur wegen der weggebrochenen Akzeptanz vor Ort, sondern insbesondere, wegen des gefährdeten sozialen Friedens in dem neu zu schaffenden Vorstadtgebilde. Es verfestigt sich der Eindruck, dass alleiniges Ziel die Schaffung preisgünstigsten Wohnraums und der Nachweis von 40 ha Gewerbeflächen sei.

Am Gravierendsten stellt sich jedoch heraus, dass bis heute nicht einmal eine taugliche Lösung der bereits aktuell bestehenden Verkehrsprobleme im Nordostraum Berlins vorliegt, die von den Planern aufgegriffen werden könnte und die Antworten auf die schon heute - täglich - zu erduldenen Missstände auf den stadteinwärts gerichteten Trassen gibt. Uns ist auch kein Plan bekannt, der die zukünftig zu erwartenden Verkehrsprobleme unter Einbeziehung aller im Nordosten vorgesehenen Projekte berücksichtigt.

Die dem St. Floriansprinzip folgende Auffassung, ein neues Wohngebiet schlicht so zu errichten, dass es mit einem PKW nicht erreicht werden kann, um den Anwohnern die individuelle Nutzung zu vergällen, ist naiv. Haben Sie je versucht, im morgendlichen Berufsverkehr durch Blankenburg stadteinwärts zu gelangen? Meinen Sie allen Ernstes, eine einzelne Tramlinie wäre hier die Verkehrslösung?

Obwohl wir mehrfach versuchten, das Werkstattverfahren zu einem tatsächlichen Werkstattverfahren zu machen, hat Frau Lompscher es vermocht, die Beteiligten vor den Kopf zu stoßen. So lehnte sie es insbesondere ab, vom Planungsziel 6.000 Wohneinheiten abzurücken und eine tatsächliche Diskussion der unter anderem von unserem Verein unterbreiteten Vorschläge einer vertretbaren, ortsüblichen Bebauung zu ermöglichen. Die Senatsverwaltung und nicht diejenigen, die sich diesen untauglichen Planungsvarianten entgegenstellen, verhindert damit die Schaffung von Wohnraum!

Sehr geehrter Herr Müller, bitte lassen Sie sich keine Beschlussvorlage für "Potemkinsche Dörfer" vorlegen, denn einer auf Basis der bisher vorliegenden Überlegungen geplanter „Blankenburger Süden“ darf nicht entstehen. Dies schulden wir uns, unseren Kindern und der Erhaltung der Natur in einem Ortsteil Berlins, für den seit nicht allzu langer Zeit der Klimanotstand ausgerufen wurde. Wirkt man mit dem Bebauen und Versiegeln bisher ökologisch intakter Flächen nach Ihrer Auffassung eigentlich dem Klimanotstand entgegen?

Verlangen Sie mehr von Ihrer Senatsverwaltung als diesen unbrauchbaren Schnellschuss, der bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein erwecken mag, für Beruhigung an der "Wohnungsfront" zu sorgen, der sich aber nicht wird realisieren lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Runge

E-Mail: kontakt@stadtentwicklung-blankenburg.berlin

Webseite: www.stadtentwicklung-blankenburg.berlin